

PRESSEKONFERENZ

Frankfurt am Main, 6. November 2014

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren, der Vizepräsident und ich freuen uns sehr, Sie zu unserer Pressekonferenz begrüßen zu dürfen. Wir werden Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren, an der auch der Vizepräsident der Kommission, Herr Dombrovskis, teilgenommen hat.

Auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse und im Einklang mit seiner Forward Guidance hat der EZB-Rat beschlossen, die **Leitzinsen der EZB** unverändert zu belassen. Im Nachgang zu den Beschlüssen vom 2. Oktober 2014 haben wir letzten Monat im Rahmen unseres neuen Programms mit dem Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen begonnen. Der Erwerb von Asset-Backed Securities wird ebenfalls in Kürze gestartet. Die beiden Programme werden mindestens über zwei Jahre laufen. Diese Ankäufe werden im Zusammenwirken mit den gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften, die bis Juni 2016 durchgeführt werden, erhebliche Auswirkungen auf die Bilanz der EZB haben; von dieser wird erwartet, dass sie sich in Richtung der Größenordnung von Anfang 2012 bewegen wird.

Unsere Maßnahmen dürften das Funktionieren des geldpolitischen Transmissionsmechanismus verbessern, die Finanzierungsbedingungen im Euroraum stützen, die Kreditvergabe an die Realwirtschaft erleichtern und positive Übertragungseffekte auf andere Märkte hervorrufen. Dadurch dürften sie weiterhin eine breiter angelegte geldpolitische Lockerung bewirken, unsere Forward Guidance im Hinblick auf die Leitzinsen der EZB bekräftigen und die Tatsache unterstreichen, dass zwischen wichtigen fortgeschrittenen Volkswirtschaften beträchtliche und zunehmende Unterschiede in Bezug auf den geldpolitischen Zyklus bestehen.

Mit den ergriffenen Maßnahmen hat die Geldpolitik auf die gedämpften Inflationsaussichten, eine sich abschwächende Wachstumsdynamik und das weiterhin verhaltene Geldmengen- und Kreditwachstum reagiert. Der akkommodierende geldpolitische Kurs wird die feste Verankerung der mittel- bis

langfristigen Inflationserwartungen unterstützen, im Einklang mit dem Ziel des EZB-Rats, Inflationsraten von unter, aber nahe 2 % zu erzielen. Indem unsere geldpolitischen Maßnahmen nach und nach auf die Wirtschaft durchwirken, werden sie gemeinsam dazu beitragen, dass die Inflationsraten auf ein Niveau zurückkehren, das näher an unserem Inflationsziel liegt.

Mit Blick auf die Zukunft und unter Berücksichtigung neuer Informationen und Analysen wird der EZB-Rat jedoch die Angemessenheit seines geldpolitischen Kurses genau beobachten und kontinuierlich beurteilen. Sollte es erforderlich werden, den Risiken einer zu lang anhaltenden Phase niedriger Inflation weiter entgegenzuwirken, so vertritt der EZB-Rat einstimmig die Absicht, innerhalb seines Mandats zusätzliche unkonventionelle Instrumente einzusetzen. Der EZB-Rat hat Mitarbeiter der EZB und die zuständigen Ausschüsse des Eurosystems damit beauftragt sicherzustellen, dass weitere gegebenenfalls zu ergreifende Maßnahmen rechtzeitig vorbereitet werden.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der **wirtschaftlichen Analyse** zu beginnen. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Euro-Währungsgebiets nahm im zweiten Quartal 2014 um 0,1 % gegenüber dem vorangegangenen Vierteljahr zu und wurde damit im Vergleich zur früheren Schätzung nach oben korrigiert. Seit den Sommermonaten zeigen die aktuellen Daten und Umfrageergebnisse insgesamt eine Abschwächung der konjunkturellen Entwicklung im Euroraum an. Diese Informationen sind nun in die jüngsten Prognosen privater und öffentlicher Institutionen eingeflossen, die auf eine Abwärtskorrektur des Wachstums des realen BIP über den Prognosehorizont bis 2016 hindeuten, wobei die Aussichten für eine mäßige Erholung der Wirtschaftstätigkeit bestehen bleiben. Dieser Eindruck steht weitgehend mit der aktuellen Beurteilung des EZB-Rats im Einklang. Zum einen dürfte die Binnennachfrage durch unsere geldpolitischen Maßnahmen, die anhaltenden Verbesserungen der Finanzierungsbedingungen, die Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung und bei den Strukturreformen sowie die niedrigeren, das real verfügbare Einkommen stützenden Energiepreise begünstigt werden. Zudem wird die Exportnachfrage voraussichtlich von der globalen Erholung profitieren. Zum anderen dürfte die Erholung weiterhin durch die hohe Arbeitslosigkeit, beträchtliche ungenutzte Kapazitäten und die notwendigen Bilanzanpassungen im öffentlichen wie auch im privaten Sektor gedämpft werden.

Die Risiken für den Wirtschaftsausblick im Euro-Währungsgebiet sind weiterhin abwärtsgerichtet. Insbesondere könnte die Abschwächung der konjunkturellen Dynamik im Euroraum zusammen mit den gestiegenen geopolitischen Risiken das Vertrauen und vor allem die private Investitionstätigkeit beeinträchtigen. Zudem stellt der unzureichende Fortschritt bei den Strukturreformen in Ländern des Eurogebiets ein wesentliches Abwärtsrisiko für den Wirtschaftsausblick dar.

Die am HVPI gemessene jährliche Teuerungsrate für das Euro-Währungsgebiet belief sich der Vorausschätzung von Eurostat zufolge im Oktober 2014 auf 0,4 % nach 0,3 % im September. Verglichen mit dem Vormonat spiegeln sich darin hauptsächlich ein etwas weniger negativer Beitrag der Energiepreise und ein geringfügig stärkerer jährlicher Anstieg der Nahrungsmittelpreise wider. Ein Rückgang der Preise für Industrieerzeugnisse wurde zum Teil durch einen stärkeren Preisauftrieb bei den Dienstleistungen kompensiert. Auf der Grundlage aktueller Informationen und der derzeitigen Terminpreise für Energie wird damit gerechnet, dass die jährliche HVPI-Inflation in den kommenden Monaten in etwa auf dem aktuellen niedrigen Niveau verharren und sich dann im Jahresverlauf 2015 und 2016 allmählich erhöhen wird. Dies entspricht auch dem Bild, das in den neuesten Prognosen gezeichnet wird, die nun den jüngsten starken Rückgang der Ölpreise mit berücksichtigen.

Der EZB-Rat wird die Risiken in Bezug auf die Aussichten für die mittelfristige Preisentwicklung weiterhin genau beobachten. In diesem Zusammenhang werden wir unser Augenmerk insbesondere auf die möglichen Auswirkungen der gedämpften Wachstumsdynamik, der geopolitischen Lage, der Wechselkurs- und Energiepreisentwicklung und der Transmission unserer geldpolitischen Maßnahmen legen.

Was die **monetäre Analyse** betrifft, so deuten die Daten für September 2014 nach wie vor auf eine verhaltene Grunddynamik des Wachstums der weit gefassten Geldmenge (M3) hin; die Jahreswachstumsrate von M3 stieg jedoch – weiterhin gestützt durch ihre liquidesten Komponenten – moderat von 2,1 % im August auf 2,5 % im September. Das eng gefasste Geldmengenaggregat M1 weitete sich im September im Vorjahresvergleich um 6,2 % aus.

Die um Kreditverkäufe und -verbriefungen bereinigte jährliche Änderungsrate der Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften blieb im September mit -1,8 % im negativen Bereich (verglichen mit -2,0 % im August und -2,2 % im Juli). In den letzten Monaten haben sich die Nettotilgungen gegenüber den vor Jahresfrist verzeichneten historischen Höchstständen im Durchschnitt verringert. In der Kreditvergabe an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften kommen nach wie vor deren verzögerte Reaktion auf den Konjunkturzyklus, das Kreditrisiko, die Kreditangebotsfaktoren sowie die anhaltenden Bilanzanpassungen im finanziellen und nichtfinanziellen Sektor zum Ausdruck. Die um Verkäufe und Verbriefungen bereinigte Jahreswachstumsrate der Buchkredite an private Haushalte belief sich im September auf 0,6 % nach 0,5 % im August. Laut der Umfrage zum Kreditgeschäft vom Oktober kam es per saldo zu einer Lockerung der Richtlinien für Kredite an Unternehmen und private Haushalte, was im Einklang mit einer gewissen Stabilisierung der Kreditströme steht. Das Niveau der Kreditvergabestandards ist aber aus historischer Sicht immer noch restriktiv. Nach

Beendigung der umfassenden Bewertung der Kreditinstitute durch die EZB ist davon auszugehen, dass eine weitere Stärkung der Bankbilanzen zu einer Verringerung der Kreditvergabebeschränkungen beitragen und eine stärkere Kreditvergabe fördern wird.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die **Gegenprüfung** der Ergebnisse der wirtschaftlichen Analyse anhand der Signale aus der monetären Analyse die jüngsten Beschlüsse des EZB-Rats zur zusätzlichen Lockerung des akkommodierenden geldpolitischen Kurses und zur Unterstützung der Kreditvergabe an die Realwirtschaft bestätigt.

Die Geldpolitik konzentriert sich auf die Gewährleistung der Preisstabilität auf mittlere Sicht, und ihr akkommodierender Kurs trägt dazu bei, die Konjunktur zu unterstützen. Zur Stärkung der Investitionstätigkeit, der Arbeitsplatzschaffung und des Produktivitätswachstums bedarf es jedoch eines entscheidenden Beitrags anderer Politikbereiche. Insbesondere müssen der Gesetzgebungsprozess und die Umsetzung im Bereich der **Güter- und Arbeitsmarktreformen** sowie die Bemühungen zur Verbesserung des Geschäftsumfelds für Unternehmen in einigen Ländern intensiviert werden. Die effektive Umsetzung von Strukturreformen wird die Erwartung höherer Einkommen schüren, die Unternehmen zu verstärkten Investitionen veranlassen und die konjunkturelle Erholung vorantreiben. Was die **Finanzpolitik** angeht, so sollten die Länder, die nach wie vor Haushaltsungleichgewichte aufweisen, nicht hinter die bereits erzielten Fortschritte zurückfallen und die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts einhalten. Bei allen Schritten im vereinbarten Rahmenwerk soll der SWP weiterhin als Anker des Vertrauens in die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen fungieren. Die bestehende Flexibilität der Regeln dürfte es den Regierungen ermöglichen, die aus größeren Strukturreformen resultierenden Haushaltsbelastungen anzugehen, die Nachfrage zu stärken und die finanzpolitischen Maßnahmen wachstumsfreundlicher auszugestalten. Eine vollständige und einheitliche Umsetzung des bestehenden finanzpolitischen Regelwerks und des Rahmens zur makroökonomischen Überwachung im Euro-Währungsgebiet ist von zentraler Bedeutung, um die hohen öffentlichen Schuldenquoten zu senken, das Potenzialwachstum zu steigern und die Widerstandsfähigkeit des Euroraums gegenüber Schocks zu erhöhen.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

<p style="text-align: center;">Europäische Zentralbank Generaldirektion Kommunikation & Sprachendienst, Internationale Medienarbeit Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main Tel.: +49 (69) 1344-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404 Internet: www.ecb.europa.eu Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.</p>
